



Gemeinderat Graz: Damit Sie wissen, was im Rathaus vorgeht!

Gemeinderatssitzung 17. Mai 2018



GRAZ
www.kpoe-graz.at

KPO informiert:

Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs Nr. 3 / 2018

Mobile Pflege wird leistbar

Mit dem neuen Grazer Modell können sich auch Mindestpensionistinnen künftig Pflege in vertrauter Umgebung leisten

„Es darf nicht sein, dass Menschen gezwungen sind, in ein Pflegeheim zu gehen, nur, weil sie sich die mobilen Pflegedienste, die zu ihnen nach Hause kommen, nicht leisten können“, sagt Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer (KPÖ).



die Höhe der Mindestpension von 863 Euro erhalten bleibt – unabhängig vom Betreuungsausmaß, das sie zu Hause in Anspruch nehmen. Dafür sorgen Ausgleichszahlungen der Stadt Graz, die im neuen Kliententarifmodell für die mobile Pflege und Betreuung und die Hauskrankenpflege vorgesehen sind.

Viele Pensionisten und Pensionistinnen können nun aufatmen. „Sie haben ein Leben lang hart gearbeitet und bekommen trotzdem nur eine kleine Pension. Es wäre zutiefst unfair gewesen, wenn sie deshalb nicht in ihrem Zuhause bleiben könnten“ so Krotzer.

Nähere Informationen unter: 0316 872-2074 oder stadtrat.krotzer@stadt.graz.at

Bisher war es so, dass viele Pflegebedürftige es sich schlichtweg nicht leisten konnten, in den eigenen vier Wänden zu bleiben, obwohl sie dafür gesundheitlich durchaus in der Lage waren. „Mit dem neuen Grazer Modell, das mit 1. Juli in Kraft tritt, machen wir es pflegebedürftigen Menschen möglich, in der vertrauten Wohnumgebung zu bleiben“, so Krotzer. Die neue Regelung stellt sicher, dass den Betroffenen

KOMMENTAR



Mieten steigen schneller als Preise

Liebe Grazerin!
Lieber Grazer!

Um 3,9 % waren die Mieten im Monat April im Vergleich zum Vorjahr höher, während die allgemeine Teuerung im selben Zeitraum nur halb so viel zugenommen hat (+1,8 %). Immer mehr Leute können ihre Miete nicht mehr bezahlen, ob nach dem Verlust eines Arbeitsplatzes oder aufgrund einer Erkrankung, viele aber auch, obwohl sie einer regulären Beschäftigung nachgehen.

Die Stadt hätte es in der Hand, wenigstens in Teilbereichen gegenzusteuern.

Aber statt die Mieterhöhungen in Gemeindewohnbauten zu entschärfen, gibt Wohnungsstadtrat Eustacchio (FP) das Geld des Wohnungsamtes lieber für eine 250.000 Euro teure Imagekampagne aus.

Wie unwichtig das Thema Wohnen für die ÖVP-FPÖ-Stadtregierung ist, zeigt auch die jüngst durchgeführte Befragung der Grazerinnen und Grazer über ihre Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Graz. Die Wohnzufriedenheit wurde mit nur einer einzigen Frage abgetan, obwohl andere Befragungen der Stadt Graz gerade in diesem Bereich ein denkbar schlechtes Zeugnis ausstellen.

Die KPÖ wird auf jeden Fall weiter für die Menschen da sein, die leistbare Wohnungen brauchen.

meint Ihre **STADTRÄTIN ELKE KAHR**
Rathaus, 2. Stock, Tür 236, Tel. 0316 / 872-20 60

Kein Olympia in Graz ohne Volksbefragung!



KPO

Bitte unterschreiben Sie!

Mehr als 8000 Grazerinnen und Grazer haben bereits für eine Volksbefragung über Olympia unterschrieben.

Damit die Befragung verpflichtend durchgesetzt werden kann, sind 10.000 Unterschriften notwendig.

Unterschriftenlisten zum Download gibt es auf www.kpoe-graz.at, bei der KPÖ-Graz, Volkshaus, Lagergasse 98 a, 8020 Graz (Tel. 0316 71 24 79) oder im KPÖ-Gemeinderatsklub, Rathaus-Hofgebäude, Zi. 116 (0316 872 2151)

Mieternotruf 717108

www.kpoe-graz.at/mieternotruf

Auf keinen Menschen vergessen!

Elke Kahr. **KPO**

Altstadtschutz stärken

Das Girardihaus in der Leonhardstraße ist ein trauriges Beispiel dafür, dass das Steiermärkische Baugesetz offenbar nicht ausreicht, um ein Haus vor dem Verfall zu schützen, denn bei Verstößen gegen die Erhaltungspflicht erweist es sich als zahnlos. „Immer mehr histori-



sche Gebäude werden abgerissen. Der Unmut der Grazerinnen und Grazer darüber wächst zusehends“, so KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch**, der sich für eine stärkere Gesetzgebung für die Erhaltungspflicht denkmalgeschützter Gebäude und der Erstellung eines Altstadtschutzkatasters einsetzt.

Zu wenig Schrebergärten

Der Wunsch nach Schrebergärten ist in Graz ungebrochen. „1.000 Personen sind in unserer Stadt auf der Warteliste. Denn obwohl die Bevölkerungszahl in Graz in den letzten 35 Jahren um 30 % gestiegen ist, wurde kein neuer Schrebergarten mehr geschaffen“, weiß KPÖ-Gemeinderätin Elke Heinrichs. Sie fordert Bürgermeister Nagl auf, Flächen für zusätzliche Schrebergärten zur Verfügung zu stellen.



Kinderfestival bookolino absichern

Das bookolino-Festival im Literaturhaus Graz vermittelt Kindern die Freude am Lesen. Über 2.300 BesucherInnen konnte das Kinderfestival letztes Jahr verbuchen. Zuletzt wurde die finanzielle Unterstützung aus dem Bildungsbudget



für das Festival in Frage gestellt. „Anstatt bei einem derart sinnvollen Festival zu kürzen, sollte die Erfolgsgeschichte bookolino weiter ausgebaut und besser finanziert werden“, fordert KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther**.

Jugendamt gab Personendaten weiter

80 Personen wurden im Auftrag des Amtes für Jugend und Familie von einem deutschen Wissenschaftler telefonisch kontaktiert, um an einer Forschungsarbeit teilzunehmen. Ob sie damit einverstanden sind, dass ihre Daten weitergegeben werden, wurde vorher nicht abgefragt. „Es ist äußerst bedenklich, dass ein



Amt der Stadt Graz persönliche und vertrauliche Daten von Bürgern an eine dritte Person in Deutschland weitergibt“, so KPÖ-Sicherheitssprecher **Horst Alic**. Er forderte vom verantwortlichen Stadtrat Hohensinner (ÖVP) mehr Verantwortung beim Umgang mit Daten ein.

Weitere Initiativen der KPÖ im GRAZER Gemeinderat (17.5.2018)

- ⇒ Verkehrsfläche nach Anna Cadia benennen – Uli Taberhofer
- ⇒ Ermäßigte Bäderpreise – Horst Alic
- ⇒ Freier Museumseintritt für KünstlerInnen – Christine Braunersreuther
- ⇒ Mehr Abfallberatungen – Elke Heinrichs
- ⇒ Öffentlicher Blindengarten – Elke Heinrichs
- ⇒ Mehr Spielmobile in Parks – Elke Heinrichs
- ⇒ NaturErlebnisPark Rielteiche beleben – Christian Sikora

Mehr Krippenplätze schaffen!

Am 2. März endete die Anmeldefrist für Kinderkrippenplätze. Doch nicht wenige Eltern haben die erschreckende Nachricht erhalten, dass sie keinen Krippenplatz für ihre Kleinen bekommen haben. „Viele von ihnen wissen nicht, wo sie ihre Kinder ab September unterbringen



können. Das Personal im ABI-Service tut sein Bestes, doch zaubern können sie auch nicht. Es gibt zu wenige Krippenplätze“, so KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**. Er fordert, den Ausbau von Kinderkrippenplätzen rasch in Angriff zu nehmen.

Verschlechterung für Pflegefamilien zurücknehmen

Nach Novellierung des Kinderbetreuungsgeldgesetzes durch den Bund erhalten Pflegefamilien in gewissen Fällen künftig kein Kinderbetreuungsgeld mehr. „Erst, wenn ein Kind mit seinen Pflegeeltern mehr als 91 Tage zusammenlebt, soll künftig Kinderbetreuungsgeld bezogen werden können“, so KPÖ-Sozialsprecherin **Uli Taberhofer**. Auf Krisenpflegeplätzen werden Kinder nur für wenige Tage

oder Wochen betreut. „Die Regelung ist unzumutbar und eine Benachteiligung für Kinder und Pflegefamilien“, so die Gemeinderätin. Ihr Antrag, beim Bund eine rasche Reparatur des Gesetzes zu fordern, wurde von der ÖVP-FPÖ-Rathauskoalition niedergestimmt.



Lebensqualität in Graz

Alle fünf Jahre werden die Grazerinnen und Grazer im Auftrag von Bürgermeister Nagl zur Lebensqualität in unserer Stadt befragt. Auffallend ist die Gewichtung der Themengebiete. Während eine EU-Studie erhoben hat, dass 70 Prozent der Grazer mit ihrer Wohnsituation unzufrieden sind, wird in der sog. „LQI-Befragung“ die Wohnzufriedenheit

in nur einer Frage abgehandelt. Lt. EU-Studie fühlten sich zuletzt 80 Prozent der Befragten in Graz sicher. Trotzdem wurde in der Grazer Befragung das subjektive Sicherheitsgefühl mit acht Fragen bedacht. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Befragung nur der Imagepflege von Bürgermeister Nagl dienen anstatt mehr Lebensqualität zu schaffen.

Hundesteuer

Bisher mussten Hundebesitzer weniger Hundesteuer bezahlen, wenn sie mit ihren Vierbeinern eine Hundeschule besucht haben. Mit Abschaffung der Hundesteuer fällt dieser Lenkungseffekt leider weg. „In Graz wohnen Mensch und Tier auf engstem Raum. Deswegen ist es umso wichtiger, dass Hundehalter und ihre Hunde bestens ausgebildet sind. So können Zwischenfälle im Alltag,

wie Beißvorfälle, vermieden werden“, schlug KPÖ-Tierschutzsprecherin **Sigrid Zitek** eine Bedingung für den Erlass der Hundesteuer für Hundehalter vor. ÖVP und FPÖ konnten diesem Sicherheitsargument nichts abgewinnen. Sie stimmten gegen den KPÖ-Vorschlag.

